

Hinweis: Die ursprüngliche Sprachfassung dieser Seite [hu](#) wurde unlängst geändert. Die Sprachfassung, die Sie ausgewählt haben, wird gerade von unserer Übersetzungsabteilung erstellt.

Swipe to change

Ungarisch

Kosten

Ungarn

Dieser Abschnitt bietet Ihnen allgemeine Informationen über die Verfahrenskosten in Ungarn. Detailliertere Angaben entnehmen Sie bitte nachstehenden Fallstudien: Familienrecht - Scheidungsverfahren (Családjog - válás) Familienrecht - Sorgerechtsverfahren (Családjog - szülői felügyeleti jog) Familienrecht - Unterhalt (Családjog - tartásdíj) Handelsrecht – Vertragsstreitigkeiten (Kereskedelmi jog - szerződés) Handelsrecht - Haftung (Kereskedelmi jog - felelősség)

Gebührenordnung für Rechtsberufe

Gerichtsvollzieher

Die Höhe der Gerichtsvollziehergebühr hängt vom Zweck des Vollstreckungstitels (végrehajtható okirat) ab (soll eine Schuld beigetrieben oder eine spezifische Maßnahme vollstreckt werden). Geht es um die Beitreibung einer Schuld (pénzkövetelés behajtása), richtet sich die Gerichtsvollziehergebühr nach dem beizutreibenden Betrag. Je höher der Betrag ist, desto höher fällt auch die Gebühr für den Gerichtsvollzieher aus. Geht es um den Vollzug einer spezifischen Maßnahme (meghatározott cselekmény végrehajtása), richtet sich die Gebühr nach dem zeitlichen Aufwand.

Rechtsanwälte (ügyvéd)

Der ungarische Begriff „ügyvéd“ ist ein Sammelbegriff für Rechtsanwälte, Justiziarer, Juristen und Prozessanwälte. Üblicherweise wird das Anwaltshonorar zwischen Mandant und Anwalt ausgehandelt. Kann keine Einigung erzielt werden, legt das Gericht die Gebühr nach den gesetzlichen Vorgaben fest (5 % des Streitwerts, mindestens aber 10 000 HUF). Die Parteien können den Richter auch um Anwendung der im Gesetz vorgesehenen Gebühr bitten, wenn sie möchten, dass die Einigung nicht publik wird.

Kosten

Kosten in Zivilverfahren

Kosten für Verfahrensbeteiligte in Zivilverfahren

Die Kosten (illeték) für Verfahren im ersten Rechtszug belaufen sich auf 6 % des Streitwerts (mindestens 10 000 HUF und höchstens 900 000 HUF). In Fällen, in denen eine Ermittlung des Streitwerts nicht möglich ist, sieht das Gesetz vor, dass 6 % eines fiktiven Betrags zu entrichten sind.

Die Gerichtskosten sind gesetzlich festgelegt; dies gilt auch für folgende Fälle:

Scheidungsverfahren (házassági bontóper): 12 000 HUF

arbeitsrechtliche Verfahren (munkaügyi per): 7 000 HUF

verwaltungsrechtliche Verfahren mit Ausnahme von Wettbewerbs- und Steuersachen (közigazgatási határozat bírósági felülvizsgálata iránti eljárás): 20 000 HUF

außergerichtliche verwaltungsrechtliche Verfahren (közigazgatási nemperes eljárás): 7 500 HUF

Kosten für die **Erwirkung eines Urteils** (általános meghatalmazás): 18 000 HUF

Insolvenzverfahren: Liquidation 50 000 HUF; Konkurs 30 000 HUF

im Falle **wirtschaftlicher Vereinigungen**, die nicht den Status einer juristischen Person haben, (jogi személyiséggel nem rendelkező gazdálkodó szervezet): Liquidation 25 000 HUF; Konkurs 20 000 HUF

Schiedsgerichtsverfahren: 1 % des Streitwerts (mindestens 5 000 HUF und höchstens 250 000 HUF. Ist Ermittlung des Streitwerts unmöglich, beträgt die Gebühr 10 000 HUF.

Mahnverfahren (fizetési meghagyás): 3 % des Gegenstandswerts (mindestens 5 000 HUF, höchstens 300 000 HUF).

Rechtsmittelverfahren: 6 % des Gegenstandswerts (mindestens 10 000 HUF oder und höchstens 900 000 HUF)

Wiederaufnahme eines Verfahrens (perújítás): Die Gebühren sind erneut zu entrichten.

Antrag auf **Revision** (felülvizsgálati kérelem): 6 % des Streitwerts für die Überprüfung von Entscheidungen (mindestens 10 000 HUF, höchstens 2 500 000 HUF); die Hälfte davon für die Überprüfung von Verfügungen (végzés) (mindestens 7 000 HUF, höchstens 1 250 000 HUF).

Wann müssen die Kosten in Zivilverfahren entrichtet werden?

Die Verpflichtung zur Zahlung von **Gerichtsgebühren** in einem Zivilverfahren entsteht zum Zeitpunkt der Klageerhebung. Die Gerichtsgebühren sind daher zusammen mit der Klageschrift zu entrichten. Zahlt die Prozesspartei die Gerichtskosten nicht oder nicht in der gesetzlich geforderten Höhe, hat das Gericht die Partei bei Einreichung der Klageschrift zur Zahlung der verbleibenden Gerichtsgebühren aufzufordern. Das Gericht hat die Partei davon in Kenntnis zu setzen, dass der Antrag abgelehnt wird, wenn die Gerichtsgebühren nicht vollständig entrichtet wurden.

Die Zahlung des Rechtsanwalts honorars beruht auf einer Vereinbarung zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Mandanten. Die Gerichtsvollziehergebühr ist im Voraus zu Beginn des Vollstreckungsverfahrens zu entrichten.

Kosten in Strafverfahren

Kosten für Verfahrensbeteiligte in Strafverfahren

Für Verfahren, in denen lediglich Privatkläger auftreten (magánvádas eljárás), gelten folgende Gebühren:

Klageerhebung (feljelentés): 5 000 HUF

Berufung: 6 000 HUF

Revision oder Wiederaufnahme eines Verfahrens: 7 000 HUF

Entsteht aus einem Strafverfahren ein zivilrechtlicher Anspruch (polgári jogi igény), sind lediglich die Antrags- und die Rechtsmittelgebühren zu zahlen.

Wann müssen die Kosten in Strafverfahren entrichtet werden?

In Strafverfahren sind die Kosten zusammen mit der Antragsgebühr zu entrichten.

Kosten in verfassungsrechtlichen Verfahren

Gemäß Artikel 28 des Gesetzes Nr. XXXII aus dem Jahr 1989 (az 1989. évi XXXII. törvény 28. cikke) werden für verfassungsrechtliche Verfahren (Alkotmánybíróság) keine Gebühren erhoben.

Sofern der Antragsteller beim Einreichen des Antrags jedoch unredlich handelt, wird er unter Umständen Verfahrenskosten zu zahlen haben.

Informationspflichten des Rechtsanwalts / Rechtsbeistands

Rechte und Pflichten der Parteien

Der Rechtsanwalt unterstützt mit seiner Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten seinen Mandanten bei der Geltendmachung seiner Rechte und der Erfüllung seiner Pflichten. Dasselbe gilt für Rechtsberater (jogtanácsos) und die von ihnen vertretenen Organisationen.

Dies beinhaltet auch die Notwendigkeit, die Parteien über ihre Rechte und Pflichten sowie über die Erfolgsaussichten eines Verfahrens und die voraussichtlichen Verfahrenskosten zu informieren.

Kostenfestsetzung - Rechtsgrundlagen

Wo kann man sich über Kostengesetze in Ungarn informieren?

Informationen über Kostengesetze findet man auf der Homepage des Europäischen Justiziellen Netzes (EJN) (Európai Igazságügyi Hálózat):

[EJN für Zivil- und Handelssachen - Prozesskostenhilfe](#) (EIH Polgári igazságszolgáltatás - Jogsegély)

[EJN für Zivil- und Handelssachen - Klage vor Gericht](#) (EIH Polgári igazságszolgáltatás - Bírósághoz fordulás)

Informationen über die Honorare von Rechtsanwälten bietet die Internetseite der [Budapester Anwaltskammer](#) (Budapesti Ügyvédi Kamara).

In welchen Sprachen sind Informationen über die Kostenfestsetzung in Ungarn erhältlich?

Informationen über Kostengesetze sind von der Homepage des [Europäischen Justiziellen Netzes](#) (Európai Igazságügyi Hálózat) abrufbar: Hier kann man die einschlägigen Informationen in allen Amtssprachen der Europäischen Union einsehen.

Auf der Internetseite der Budapester Anwaltskammer sind Informationen über Kostengesetze lediglich auf Ungarisch erhältlich.

Wo kann man sich über Mediation informieren?

Informationen über Mediation sind über folgende Websites abrufbar:

[EJN für Zivil- und Handelssachen - Mediation](#) (EIH Polgári igazságszolgáltatás - közvetítés)

[Ungarisches Mediatorenverzeichnis](#) (Közvetítők magyarországi adatbázisa)

[Ungarisches Justizministerium](#) (Központi Igazságügyi Hivatal)

Wo sind weitere Informationen über Verfahrenskosten erhältlich?

Online-Informationen über Verfahrenskosten

Zusätzliche Informationen über Verfahrenskosten sind von der Internetseite der [Budapester Anwaltskammer](#) abrufbar.

Wo sind Informationen über die durchschnittliche Dauer der einzelnen Verfahrensarten erhältlich?

Informationen über die Dauer der einzelnen Verfahrensarten sind auf der Internetseite der [ungarischen Gerichte](#) (Magyar Köztársaság Bíróságai) erhältlich.

Weitere wichtige Links:

[Statistik über Verfahren vor ungarischen Gerichten](#) (Statisztika a magyar bíróságok ügyeiről)

[Statistik über laufende Verfahren ab Dezember 2008](#) (Statisztika a folyamatban lévő ügyekről a 2008. decemberi állapot szerint).

Die statistischen Daten liegen nur in ungarischer Sprache vor.

Mehrwertsteuer (hozzáadottérték-adó)

Wie wird hierüber informiert?

Bei den vorstehenden Angaben zu den Rechtsanwaltskosten ist die Mehrwertsteuer (HÉA) nicht enthalten.

Welche Sätze gelten?

Bis zum 1. Juli 2009 betrug der Mehrwertsteuersatz in Ungarn 20 %, seither ist er auf 25 % angehoben worden.

Prozesskostenhilfe (költségmentesség)

Einkommensgrenze für Antragsteller in Zivilsachen

Es gibt zwei Einkommensgrenzen:

die Nettomindestrente (derzeit 28.500 HUF); Personen, deren Einkommen diesen Richtwert unterschreitet, erhalten unentgeltlichen Rechtsbeistand.

43 % des ungarischen Durchschnittseinkommens (derzeit 72.000 HUF); Personen, die über ein höheres Einkommen verfügen, erhalten keine Prozesskostenhilfe.

Die Prozesskostenhilfe kann im Voraus gezahlt werden.

Einkommensgrenze in Strafsachen (Angeklagte)

Der oder die Tatverdächtige oder Angeklagte in einem Strafverfahren kann **kostenlos anwaltliche Vertretung** in Anspruch nehmen, wenn er oder sie aufgrund seiner/ihrer persönlichen Verhältnisse von den Kosten befreit ist. – Im Falle einer allein lebenden Person beträgt die Einkommensgrenze hier das Zweifache der Nettomindestrente (derzeit 28 500 HUF); bei mehreren Personen, die in einem Haushalt leben, entspricht die Einkommensgrenze der Nettomindestrente pro Person.

Der oder die Angeklagte in Fällen, in denen Anwaltszwang besteht, selbst keinen Verteidiger benennt. Wird der Angeklagte im Verfahren dann verurteilt, hat er dem Staat die geleistete Prozesskostenhilfe zurückzuzahlen.

Einkommensgrenze in Strafsachen (Opfer)

Die Einkommensgrenze liegt bei 86 % des ungarischen Durchschnittseinkommens (rund 130 000 HUF). Der Rechtsbeistand für Opfer schließt die anwaltliche Vertretung ein.

Sonstige Bedingungen für die Gewährung von Prozesskostenhilfe für Opfer

Außer der festgesetzten Einkommensgrenze hat das Opfer noch zwei weitere Voraussetzungen zu erfüllen:

es muss Privatklage einreichen

es muss sich eine Bescheinigung bei der für die Unterstützung der Opfer von Straftaten zuständigen Behörde beschaffen, in der bestätigt wird, dass bestimmte Voraussetzungen (z. B. die fristgerechte Unterrichtung der Behörde) erfüllt sind.

Sonstige Bedingungen für die Gewährung von Prozesskostenhilfe (Beklagte)

Weitere Bedingungen sind nicht zu erfüllen.

Kostenlose Gerichtsverfahren

Folgende Zivilverfahren werden gebührenfrei durchgeführt:

Verfahren, bei denen das Gericht den Antrag von Amts wegen ohne Ladung ablehnt oder ablehnen muss;

Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen in Fällen, in denen Gebührenbefreiung gewährt wird und Anspruch auf vorherige Zahlung der Gebühren besteht (wenn der Staat anstelle der Partei in Vorleistung tritt)

bei Scheidungsklagen die Gegenklage

Verfahren in Zusammenhang mit einer gerichtlichen Todeserklärung und der Todesfeststellung, wenn der Betroffene in Folge eines Krieges oder einer Naturkatastrophe verschollen oder verstorben ist

Verfahren zur Registrierung von Stiftungen, öffentlichen Stiftungen, Nicht-Regierungsorganisationen, öffentlichen Körperschaften oder Europäischen Verbänden für territoriale Zusammenarbeit, ferner Verfahren zur Registrierung von Organisationen für Mitarbeiterbeteiligungspläne und zur Genehmigung der Mitwirkung in einem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit

Anträge auf Liquidation bei Geschäftsaufgabe – auch im vereinfachten Verfahren – unter Angabe des Insolvenzverwalters

Anträge auf Berichtigung und/oder Ergänzung von Entscheidungen

Verfahren zum Wählerverzeichnis

Verfahren wegen Änderungen im Verzeichnis der Rechtsbeistände

Rechtsmittelverfahren gegen die Anordnung einer Versetzung

gerichtliche Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen in Entschädigungsfällen

Verfahren in Zusammenhang mit Steuerbescheiden von Kommunen

von unabhängigen Gerichtsvollziehern in Zusammenhang mit Vollstreckungsverfahren eingeleitete Verfahren sowie Verfahren zur Vollstreckung von Entscheidungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, der Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000

Verfahren, die nach einer befürwortenden Entscheidung des Verfassungsgerichts eingeleitet werden

alle Prozesse in Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten und dem Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse

gerichtliche Überprüfung einer Verwaltungsentscheidung über die Gewährung von Prozesskostenhilfe

außergerichtliche Verfahren zur Überprüfung von Anträgen auf einstweilige Verfügung oder ein vorläufiges richterliches Verbot oder eine einstweilige Verfügung zur Unterlassung nach anderen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt

gerichtliche Überprüfung einer Verwaltungsentscheidung über die Hilfe für Opfer von Straftaten

Folgende Strafverfahren und Handlungen im Strafverfahren werden gebührenfrei durchgeführt:

bei ausschließlich auf einer Privatklage beruhenden Verfahren das Rechtsmittelverfahren, der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und der Revisionsantrag des Beklagten und seines Verteidigers

ausschließlich auf einer Privatklage beruhende Verfahren, wenn das Gericht vor Beginn der Verhandlung die Klage abweist oder wenn die Klage gnadenthalber abgewiesen wird

Gnadengesuch oder Antrag auf Dispens, sofern sie vom Beklagten oder seinem Verteidiger eingereicht werden

Verfahren zur Genehmigung der Freistellung bestimmter Rechtssubjekte von den Gebühren

einmalige Bereitstellung einer Aktenkopie für den Beklagten, den Verteidiger oder den gesetzlichen Vertreter eines einer Straftat beschuldigten Minderjährigen

eine Abschrift der Anklageschrift für den Ankläger.

Neben der sachlich begründeten kann auch eine durch das Rechtssubjekt begründete Gebührenbefreiung gewährt werden.

Dies gilt u.a. für Nichtregierungsorganisationen, öffentliche Körperschaften, Kirchen, kirchliche Verbände und Einrichtungen, Stiftungen, öffentliche Stiftungen, nicht gewinnorientierte Unternehmensvereinigungen mit dem Status einer gemeinnützigen oder überwiegend gemeinnützigen Organisation, die NATO sowie die Europäische Union und deren Organe, Einrichtungen, Agenturen und Fonds.

Wann muss die unterlegene Partei die Kosten der obsiegenden Partei übernehmen?

Die rechtskräftige Entscheidung des Gerichts verlangt, dass die unterlegene Partei innerhalb von 30 Tagen die Kosten der obsiegenden Partei übernimmt. Die unterlegene Partei hat die Kosten unmittelbar an die obsiegende Partei zu entrichten; versäumt sie dies, wird ein Vollstreckungsverfahren eingeleitet.

Vergütung von Sachverständigen

Die Vergütung für Sachverständige zahlt im Allgemeinen die unterlegene Partei. In den besonderen Fällen, in denen die Prozesskosten vom Staat übernommen werden, trägt dieser auch die Vergütung für die Sachverständigen. Tritt der Staat in Vorleistung, gilt dies auch für die Vergütung von Sachverständigen.

Vergütung von Übersetzern und Dolmetschern

Die Vergütung für Übersetzer und Dolmetscher zahlt im Allgemeinen die unterlegene Partei. In den besonderen Fällen, in denen die Prozesskosten vom Staat übernommen werden, trägt dieser auch die Vergütung für Übersetzer und Dolmetscher. Tritt der Staat in Vorleistung, ist deren Vergütung ebenfalls eingeschlossen.

Links zum Thema

[Website der Budapester Anwaltskammer](#) (A Budapesti Ügyvédi Kamara honlapja)

Dokumente zum Thema

[Länderbericht Ungarn im Rahmen der Studie über Kostentransparenz](#)  (533 Kb)  (Magyarország jelentése a költségek átláthatóságáról szóló tanulmányról)

Letzte Aktualisierung: 08/11/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Fallstudie 1 – familienrecht – scheidung - Ungarn

In dieser Fallstudie zum Familienrecht (Scheidung) wurden die Mitgliedstaaten gebeten, der Partei, die die Scheidung einreicht, Auskunft über die Prozesskosten bei folgenden Fallkonstellationen zu erteilen:

Fall A – Fall ohne Auslandsbezug: Ein Paar heiratet. Später trennt sich das Paar und beschließt, sich scheiden zu lassen.

Fall B – Falle mit Auslandsbezug: Zwei Staatsangehörige des Mitgliedstaats A heiraten in Mitgliedstaat A. Nach der Hochzeit zieht das Paar in einen anderen Mitgliedstaat (Mitgliedstaat B) und nimmt dort seinen Wohnsitz. Kurz darauf trennt sich das Paar und die Ehefrau kehrt in den Mitgliedstaat A zurück, während der Ehemann im Mitgliedstaat B bleibt. Das Paar beschließt, sich scheiden zu lassen. Kurz nach ihrer Rückkehr in Mitgliedstaat A reicht die Ehefrau in Mitgliedstaat B die Scheidung ein.

Kosten in Ungarn

Kosten der alternativen Streitbeilegung (ADR)

Fallstudie	Alternative Streitbeilegung (ADR)
	Ist ADR in einem solchen Fall möglich? Kosten

Fall A	Ja, aber nur, soweit es um die Auflösung der ehelichen Verbindung geht, also z. B. um das Sorgerecht und den Kindesunterhalt, den Kontakt zwischen Elternteilen und Kind, Ehegattenunterhalt, die Nutzung gemeinsamer Immobilien und die Aufteilung des gemeinsamen Eigentums. Allerdings müssen die Vereinbarungen der Parteien gerichtlich bestätigt werden.	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.
Fall B	Ja, aber nur, soweit es um die Auflösung der ehelichen Verbindung geht. Allerdings müssen die Vereinbarungen der Parteien gerichtlich bestätigt werden.	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.

Anwalts-, Gerichtsvollzieher- und Sachverständigengebühren

Fall-studie	Rechtsanwalt		Gerichtsvollzieher		Sachverständiger
	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?	Kosten
Fall A	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht kann einen Sachverständigen auf Ersuchen der beweisführenden Partei bestellen, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständig sein Honorar selbst Ordnet das Gericht Beweisaufnahme v wegen an, bestimm das Honorar nach c betreffenden geset Regelungen.
Fall B	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht bestellt einen Sachverständigen auf Antrag der beweisführenden Partei, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständig sein Honorar selbst Ordnet das Gericht Beweisaufnahme v wegen an, bestimm das Honorar nach c betreffenden geset Regelungen.

Kosten für Zeugenentschädigung, Sicherheitsleistungen und andere einschlägige Gebühren

Fallstudie	Zeugenentschädigung	
	Haben Zeugen einen Anspruch auf Entschädigung?	Kosten
Fall A	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.
Fall B	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.

Prozesskostenhilfe und Erstattungen

Fall-studie	Prozesskostenhilfe			Erstattung von Auslagen	
	Voraussetzungen	Wann werden die gesamten Kosten übernommen?	Kann die obsiegende Partei die Erstattung der Streitkosten verlangen?	Bei anteiliger Erstattung: Wie hoch ist dieser Anteil in der Regel?	Welche Kosten sind erstattungsfähig?
Fall A	Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Im Rahmen der Prozesskostenhilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen das Gericht die zu erstattende Anwaltskosten kürzen, wenn es die überhöht erachtet. Die Parteien dürfen zur Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die vom Gericht zu vertretenden Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattende Verfahrenskosten d

		das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt.			Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
Fall B	Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“. Bei der Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe können die Lebenshaltungskosten in den Ländern berücksichtigt werden, in denen die Parteien ihren Wohnsitz haben.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Im Rahmen der Prozesskostenhilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten sowie Staatsangehörige von Nicht-EU-Staaten, die sich rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten, erhalten Prozesskostenhilfe unter denselben Voraussetzungen wie ungarische Staatsangehörige.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen das Gericht die zu erstattende Anwaltskosten kürzen, wenn es die überhöht erachtet. Die Parteien dürfen zur Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die vom Gericht zu vertretenden Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattende Verfahrenskosten der Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fallstudie	Übersetzen		Dolmetschen	
	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten
Fall A	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.
Fall B	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben,	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.

werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.

Letzte Aktualisierung: 08/11/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Fallstudie 2 – familienrecht – sorgerecht - Ungarn

In dieser Fallstudie zum Familienrecht (Sorgerecht) wurden die Mitgliedstaaten gebeten, dem Kläger Auskunft über die Prozesskosten bei folgenden Fallkonstellationen zu erteilen:

Fall A – Fall ohne Auslandsbezug: Ein Paar hat mehrere Jahre unverheiratet zusammengelebt. Als sich das Paar trennt, ist das gemeinsame Kind drei Jahre alt. Das Gericht spricht der Mutter das Sorgerecht und dem Vater ein Umgangsrecht zu. Die Mutter erhebt Klage, um das Umgangsrecht des Vaters zu beschränken.

Fall B – Fall mit Auslandsbezug – Sie sind Rechtsanwalt in Mitgliedstaat A: Ein Paar hat mehrere Jahre unverheiratet in Mitgliedstaat B zusammengelebt. Unmittelbar nach der Geburt des gemeinsamen Kindes trennt sich das Paar. Das Gericht in Mitgliedstaat B spricht der Mutter das Sorgerecht und dem Vater ein Umgangsrecht zu. Mutter und Kind ziehen mit Erlaubnis des Gerichts in einen anderen Mitgliedstaat (Mitgliedstaat A), während der Vater in Mitgliedstaat B bleibt. Einige Jahre später erhebt die Mutter in Mitgliedstaat A Klage, um das Umgangsrecht des Vaters ändern zu lassen.

Kosten in Ungarn

Kosten der alternativen Streitbeilegung (ADR)

Fallstudie	Alternative Streitbeilegung (ADR)	
	Ist ADR in einem solchen Fall möglich?	Kosten
Fall A	Ja. Wenn die Eltern keine Einigung über die praktische Ausübung des Umgangsrechts erzielen, können sie eine Mediation aus Gründen des Kindeswohls beantragen. Die Mediation kann auch während eines Vollstreckungsverfahrens beantragt werden. Anträge auf Änderung eines Gerichtsbeschlusses zum Umgangsrecht können binnen zwei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Beschlusses nur beim selben Gericht gestellt werden, dem die Entscheidungsbefugnis obliegt.	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator.
Fall B	Ja. Wenn die Eltern keine Einigung über die praktische Ausübung des Umgangsrechts erzielen, können sie eine Mediation aus Gründen des Kindeswohls beantragen. Die Mediation kann auch während eines Vollstreckungsverfahrens beantragt werden. Sind seit der rechtskräftigen Scheidung oder dem Abschluss des Sorgerechtsverfahrens mehr als zwei Jahre vergangen, kann das Jugendamt die Einigung der Eltern bestätigen oder auf deren Ersuchen selbst über das Umgangsrecht entscheiden.	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator.

Anwalts-, Gerichtsvollzieher- und Sachverständigengebühren

Fall-studie	Rechtsanwalt		Gerichtsvollzieher	Sachverständiger	
	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?	Kosten
Fall A	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht kann einen Sachverständigen auf Ersuchen der beweisführenden Partei bestellen, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige legt sein Honorar selbst fest. Ordnet das Gericht die Beweisaufnahme von Amts wegen an, bestimmt sich das Honorar nach der betreffenden gesetzlichen Regelungen.
Fall B	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht bestellt einen Sachverständigen auf Antrag der beweisführenden Partei, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige legt sein Honorar selbst fest. Ordnet das Gericht die Beweisaufnahme von Amts wegen an, bestimmt sich das Honorar nach der betreffenden gesetzlichen Regelungen.

Zeugenentschädigung

Fallstudie	Zeugenentschädigung	
	Haben Zeugen einen Anspruch auf Entschädigung?	Kosten
	Ja	

Fall A		Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.
Fall B	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.

Prozesskostenhilfe und Erstattungen

Fall-studie	Prozesskostenhilfe			Erstattung von Auslagen		
	Voraussetzungen	Wann werden die gesamten Kosten übernommen?	Kann die obsiegende Partei die Erstattung der Streitkosten verlangen?	Bei anteiliger Erstattung: Wie hoch ist dieser Anteil in der Regel?	Welche Kosten sind nicht erstattungsfähig?	Gibt es Fälle, in denen die Prozesskostenhilfe zurückzuzahlen ist?

Fall A	Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“. Bei Prozessen, die z. B. das Sorgerecht, die Verbringung eines Kindes oder das Umgangsrecht betreffen, haben die Parteien ungeachtet ihres Einkommens oder ihrer finanziellen Situation ein Recht auf Zahlungsaufschub, d. h. auf Stundung spezifischer Kosten.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Im Rahmen der Prozesskostenhilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung der obsiegenden Partei erstaten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen das Gericht die zu erstattende Anwaltsgebühr kürzen, wenn es dies überhöht erachtet. Die Parteien dürfen nicht Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die vom Gericht zu vertreten sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattender Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
---------------	--	--	--	--	--

Fall B	Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“. Bei Prozessen, die z. B. das Sorgerecht, die Verbringung eines Kindes oder das Umgangsrecht betreffen, haben die Parteien ungeachtet ihres Einkommens oder ihrer finanziellen Situation ein Recht auf Zahlungsaufschub, d. h. auf Stundung spezifischer Kosten. Bei der Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe können die Lebenshaltungskosten in den Ländern berücksichtigt werden, in denen die Parteien ihren Wohnsitz haben.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Im Rahmen der Prozesskostenhilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten sowie Staatsangehörige von Nicht-EU-Staaten, die sich rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten, erhalten Prozesskostenhilfe unter denselben Voraussetzungen wie ungarische Staatsangehörige.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung der obsiegenden Partei erstaten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen das Gericht die zu erstattende Anwaltsgebühr kürzen, wenn es dies überhöht erachtet. Die Parteien dürfen nicht Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die vom Gericht zu vertreten sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattender Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
---------------	---	---	--	--	--

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fall-studie	Übersetzen		Dolmetschen	
	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten
Fall A	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die

		der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.		Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.
Fall B	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.

Letzte Aktualisierung: 08/11/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Fallstudie 3 – familienrecht – unterhalt - Ungarn

In dieser Fallstudie zum Familienrecht (Unterhalt) wurden die Mitgliedstaaten gebeten, dem Kläger Auskunft über die Prozesskosten bei folgenden Fallkonstellationen zu erteilen:

Fall A – Fall ohne Auslandsbezug: Ein Paar hat mehrere Jahre unverheiratet zusammengelebt. Als sich das Paar trennt, ist das gemeinsame Kind drei Jahre alt. Das Gericht spricht der Mutter das Sorgerecht zu. Einziger Streitpunkt ist die Höhe des Unterhalts, den der Vater der Mutter für den Unterhalt und die Erziehung des Kindes schuldet. Die Mutter erhebt deswegen Klage.

Fall B – Fall mit Auslandsbezug – Sie sind Rechtsanwältin in Mitgliedstaat A: Ein Paar hat mehrere Jahre unverheiratet in Mitgliedstaat B zusammengelebt. Als sich das Paar trennt, ist das gemeinsame Kind drei Jahre alt. Das Gericht in Mitgliedstaat B spricht der Mutter das Sorgerecht zu. Mit Zustimmung des Vaters ziehen Mutter und Kind in einen anderen Mitgliedstaat (Mitgliedstaat A) und nehmen dort ihren Wohnsitz.

Einziger Streitpunkt ist die Höhe des Unterhalts, den der Vater der Mutter für den Unterhalt und die Erziehung des Kindes schuldet. Die Mutter erhebt deswegen in Mitgliedstaat A Klage.

Kosten in Ungarn

Kosten der alternativen Streitbeilegung (ADR)

Fallstudie	Alternative Streitbeilegung (ADR)	
	Ist ADR in einem solchen Fall möglich?	Kosten
Fall A	Ja, aber der Unterhaltsanspruch ist nur vollstreckbar, wenn ein Unterhaltstitel – d. h. eine vollstreckbare Urkunde – vorliegt (ein Gericht oder Notar kann eine Urkunde mit einer Vollstreckungsklausel versehen).	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.
Fall B	Ja, aber der Unterhaltsanspruch ist nur vollstreckbar, wenn ein Unterhaltstitel – d. h. eine vollstreckbare Urkunde – vorliegt (ein Gericht oder Notar kann eine Urkunde mit einer Vollstreckungsklausel versehen).	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.

Gebühren für Rechtsanwalt, Gerichtsvollzieher und Sachverständige

Fallstudie	Rechtsanwalt		Gerichtsvollzieher	Sachverständiger	
	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?	Kosten
	Nein		Nein		

Fall A		Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.		Nein. Das Gericht kann einen Sachverständigen auf Ersuchen der beweisführenden Partei bestellen, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige sein Honorar setzt. Das Gericht ordnet das Gericht die Beweisaufnahme an. Wegen Amts wegen an sich das Honorar betreffenden Regelungen.
Fall B	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht bestellt einen Sachverständigen auf Antrag der beweisführenden Partei, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige sein Honorar setzt. Das Gericht ordnet das Gericht die Beweisaufnahme an. Wegen Amts wegen an sich das Honorar betreffenden Regelungen.

Zeugenentschädigung

Fallstudie	Zeugenentschädigung	
	Haben Zeugen einen Anspruch auf Entschädigung?	Kosten
Fall A	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.
Fall B	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.

Prozesskostenhilfe und Erstattungen

Fall-studie	Prozesskostenhilfe			Erstattung von Auslagen	
	Voraussetzungen?	Wann werden die gesamten Kosten übernommen?	Kann die obsiegende Partei die Erstattung der Streitkosten verlangen?	Bei anteiliger Erstattung: Wie hoch ist dieser Anteil in der Regel?	Welche Kosten sind nicht erstattungsfähig?
Fall A	Siehe Rubrik „Prozesskosten-hilfe“. Bei einem Unterhaltsprozess haben die Parteien ungeachtet ihres Einkommens bzw. ihrer finanziellen Lage ein Recht auf Zahlungsaufschub, d. h. Stundung spezifischer Kosten; dies gilt auch für Verfahren zur Einforderung von Unterhalt bei anderen Stellen, die den Unterhalt für den Unterhalts-pflichtigen auszahlen, oder bei sonstigen Dritten, zur Abänderung oder Aufhebung der Unterhaltspflicht, zur Milderung oder Beschränkung der Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen oder zur Erlangung personenbezogener Angaben des Unterhalts-pflichtigen bei grenzüberschreitenden Unterhaltsstreitigkeiten.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Im Rahmen der Prozesskosten-hilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen kann das Gericht die zu erstattende Anwaltsgebühr kürzen, wenn es diese für überhöht erachtet. Die Parteien dürfen nicht die Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die aus Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattenden Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
	Siehe Rubrik „Prozesskosten-hilfe“.	Wenn nach vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil	

Fall B	Bei einem Unterhaltsprozess haben die Parteien ungeachtet ihres Einkommens bzw. ihrer finanziellen Lage ein Recht auf Zahlungs-aufschub, d. h. Stundung spezifischer Kosten; Bei der Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskosten-hilfe können die Lebenshaltungs-kosten in den Ländern berücksichtigt werden, in denen die Parteien ihren Wohnsitz haben.	Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Im Rahmen der Prozesskosten-hilfe wird rechtlicher Beistand kostenlos gewährt, wenn das Einkommen unter der geltenden Mindestaltersrente liegt. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten sowie Staatsangehörige von Nicht-EU-Staaten, die sich rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten, erhalten Prozesskosten-hilfe unter denselben Voraussetzungen wie ungarische Staatsangehörige.	der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen kann das Gericht die zu erstattete Anwaltsgebühr kürzen, wenn diese für überhöht erscheint. Die Parteien dürfen nicht die Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die aus dem Gericht zu vertretenden Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattenden Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
---------------	--	---	---	---	---

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fall-studie	Übersetzen		Dolmetschen	
	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten
Fall A	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.
Fall B	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.

Letzte Aktualisierung: 08/11/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht

berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Fallstudie 4 – handelsrecht – vertragsrecht - Ungarn

In dieser Fallstudie zum Handelsrecht (Vertragsrecht) wurden die Mitgliedstaaten gebeten, dem Verkäufer Auskunft über die Prozesskosten bei folgenden Fallkonstellationen zu erteilen:

Fall A – Fall ohne Auslandsbezug: Ein Unternehmen liefert Waren im Wert von 20 000 EUR. Der Käufer zahlt nicht, weil die Waren seiner Ansicht nach nicht dem entsprechen, was vereinbart war.

Der Verkäufer beschließt, auf Zahlung des vollen Kaufpreises zu klagen.

Fall B – Fall mit Auslandsbezug: Ein Unternehmen mit Sitz in Mitgliedstaat B liefert Waren im Wert von 20 000 EUR an einen Käufer in Mitgliedstaat A. Der Vertrag ist in der Sprache des Mitgliedstaats B abgefasst und unterliegt dem Recht dieses Staats. Der Käufer in Mitgliedstaat A zahlt nicht, weil die Waren seiner Ansicht nach nicht dem entsprechen, was vereinbart war. Der Verkäufer beschließt, in Mitgliedstaat A auf der Grundlage des geschlossenen Kaufvertrags auf Zahlung des vollen Kaufpreises zu klagen.

Kosten in Ungarn

Kosten der alternativen Streitbeilegung (ADR)

Fallstudie	Alternative Streitbeilegung (ADR)	
	Ist ADR in einem solchen Fall möglich?	Kosten
Fall A	Ja	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.
Fall B	Ja	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.

Anwalts-, Gerichtsvollzieher- und Sachverständigengebühren

Fall-studie	Rechtsanwalt		Gerichtsvollzieher	Sachverständiger	
	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?	Kosten
Fall A	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht kann einen Sachverständigen auf Ersuchen der beweisführenden Partei bestellen, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständig sein Honorar selbst Ordnet das Gericht Beweisaufnahme v Amts wegen an, be sich das Honorar n den betreffenden gesetzlichen Regeli
Fall B	Ja. Für Streitigkeiten im Zusammenhang mit internationalen Verträgen über die Lieferung und Beförderung von Waren sind die ordentlichen Gerichte zuständig (§ 23(1)(d) Gesetz III von 1952 über die Zivilprozessordnung). Anwaltszwang besteht in allen Verfahrensphasen sowohl im erstinstanzlichen Verfahren vor den ordentlichen Gerichten als auch im Falle eines Rechtsmittelverfahrens, sofern keine Ausnahmeregelung greift (§73/A(1)(b) Gesetz III von 1952).	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht bestellt einen Sachverständigen auf Antrag der beweisführenden Partei, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständig sein Honorar selbst Ordnet das Gericht Beweisaufnahme v Amts wegen an, be sich das Honorar n den betreffenden gesetzlichen Regeli

Zeugenentschädigung

Fallstudie	Zeugenentschädigung	
	Haben Zeugen einen Anspruch auf Entschädigung?	Kosten
Fall A	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.
Fall B	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.

Prozesskostenhilfe

Fallstudie	Prozesskostenhilfe
	Voraussetzungen?
Fall A	Wirtschaftsteilnehmer haben keinen Anspruch auf Prozesskostenhilfe.
Fall B	Wirtschaftsteilnehmer haben keinen Anspruch auf Prozesskostenhilfe.

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fall-studie	Übersetzen		Dolmetschen	
	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten
Fall A	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.
Fall B	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF. Ist die Hinzuziehung eines Dolmetschers gesetzlich vorgeschrieben, trägt der Staat die Kosten oder verauslagt das Honorar.

Letzte Aktualisierung: 08/11/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Fallstudie 5 – handelsrecht – haftung - Ungarn

In dieser Fallstudie zum Handelsrecht (Haftung) wurden die Mitgliedstaaten gebeten, dem Kunden Auskunft über die Prozesskosten bei folgenden Fallkonstellationen zu erteilen:

Fall A – Fall ohne Auslandsbezug: Ein Hersteller von Heizgeräten liefert ein Heizgerät an einen Installateur. Der Installateur verkauft das Gerät weiter und installiert es im Haus des Kunden. Kurz danach bricht ein Brand aus. Alle Beteiligten (Heizgerätehersteller, Installateur, Kunde) sind versichert. Die Ursache des Feuers ist umstritten. Niemand will den Kunden entschädigen.

Der Kunde beschließt, Schadenersatzklage gegen den Heizgerätehersteller, den Installateur und die Versicherungsgesellschaften zu erheben.

Fall B – Fall mit Auslandsbezug: Ein Heizgerätehersteller in Mitgliedstaat B liefert ein Heizgerät an einen Installateur in Mitgliedstaat C. Der Installateur verkauft das Gerät weiter und installiert es im Haus des Kunden in Mitgliedstaat A. Kurz danach bricht ein Brand aus. Alle Beteiligten (Heizgerätehersteller, Installateur und Kunde) sind in ihrem eigenen Mitgliedstaat versichert. Die Ursache des Feuers ist umstritten. Niemand will den Kunden entschädigen.

Der Kunde beschließt, in Mitgliedstaat A Schadenersatzklage gegen den Heizgerätehersteller, den Installateur und die Versicherungsgesellschaft in Mitgliedstaat A zu erheben.

Kosten in Ungarn

Kosten der alternativen Streitbeilegung (ADR)

Fallstudie	Alternative Streitbeilegung (ADR)
	Ist ADR in einem solchen Fall möglich? Kosten

Fall A	Ja	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.
Fall B	Ja	Nach Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Mediator. Alle Beteiligten an neuen oder anhängigen Verfahren können eine gerichtliche Mediation beantragen, die kostenlos ist.

Anwalts-, Gerichtsvollzieher- und Sachverständigengebühren

Fall-studie	Rechtsanwalt		Gerichtsvollzieher	Sachverständiger	
	Besteht Anwaltszwang?	Durchschnittliche Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Muss ein Sachverständiger herangezogen werden?	Kosten
Fall A	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht kann einen Sachverständigen auf Ersuchen der beweisführenden Partei bestellen, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige ist sein Honorar selbst festzusetzen. Ordnet das Gericht die Beweisaufnahme von Sachverständigen an, bestimmt sich das Honorar nach den gesetzlichen Bestimmungen.
Fall B	Nein	Nach Vereinbarung zwischen Klient und Anwalt.	Nein	Nein. Das Gericht bestellt einen Sachverständigen auf Antrag der beweisführenden Partei, sofern es nicht von Amts wegen eine Beweisaufnahme anordnet. Beide Parteien können auch Gutachten privater Sachverständiger vorlegen.	Der Sachverständige ist sein Honorar selbst festzusetzen. Ordnet das Gericht die Beweisaufnahme von Sachverständigen an, bestimmt sich das Honorar nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Zeugenentschädigung

Fallstudie	Zeugenentschädigung	
	Haben Zeugen einen Anspruch auf Entschädigung?	Kosten
Fall A	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.
Fall B	Ja	Die Entschädigung von Zeugen ist gesetzlich geregelt. Sie haben Anspruch auf die Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sowie auf eine Entschädigung für den Arbeitsausfall.

Prozesskostenhilfe und Erstattungen

Fall-studie	Prozesskostenhilfe			Erstattung von Auslagen	
	Voraussetzungen?	Wann werden die gesamten Kosten übernommen?	Kann die obsiegende Partei die Erstattung der Streitkosten verlangen?	Bei anteiliger Erstattung: Wie hoch ist dieser Anteil in der Regel?	Welche Kosten sind nicht erstattungsfähig?
Fall A	Siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Weitere Informationen siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen kann das Gericht die zu erstattende Anwaltsgebühr kürzen, wenn es diese für überhöht erachtet. Die Parteien dürfen nicht zu Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die aus Versehen dem Gericht zu vertretenden Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Partei zu erstattenden Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
Fall B					

Siehe Rubrik „Prozesskosten-hilfe“.	Wenn nach den vorliegenden Informationen anzunehmen ist, dass die voraussichtlichen Verfahrenskosten den Antragsteller an der Rechtsverfolgung hindern. Weitere Informationen siehe Rubrik „Prozesskostenhilfe“. Ist der Kläger Staatsangehöriger eines Drittstaats, kann Prozesskostenhilfe nur auf der Grundlage eines von Ungarn geschlossenen internationalen Abkommens oder unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit gewährt werden. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten sowie Staatsangehörige von Nicht-EU-Staaten, die sich rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten, erhalten Prozesskostenhilfe unter denselben Voraussetzungen wie ungarische Staatsangehörige.	Ja, die unterlegene Partei muss auf Anordnung die Kosten der obsiegenden Partei erstatten; dies gilt vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen, die z. B. ungeachtet der Entscheidung des Gerichts eine andere Partei zur Übernahme der Kosten verpflichten.	Bei teilweisem Obsiegen sind die Verfahrenskosten für den erfolgreichen Teil der Klage sowie die vorab geleisteten Zahlungen zu erstatten. Das Gericht kann auch anordnen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt.	In begründeten Fällen kann das Gericht die zu erstatten Anwaltsgebühr kürzen, wer es diese für überhöht erach Die Parteien dürfen nicht zu Übernahme von (vermeidbaren) Kosten verurteilt werden, die aus v Gericht zu vertretenden Gründen angefallen sind. Der Betrag der an eine Part zu erstattenden Verfahrenskosten darf den Betrag ihrer Forderung nicht übersteigen.
-------------------------------------	---	--	--	--

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fallstudie	Übersetzen		Dolmetschen	
	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?	Ungefähre Kosten
Fall A	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF.
Fall B	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Übersetzer bestimmt sein Honorar selbst. Es berechnet sich nach der Anzahl der Anschläge (ca. 5 HUF pro Anschlag), der Abgabefrist und der Ausgangssprache. Übersetzungskosten im Zusammenhang mit Beweisvorlagen und Schriftsätzen von Parteien, die in Zivilverfahren das Recht auf Verwendung ihrer Muttersprache, Regionalsprache oder Minderheitensprache haben, werden in ihrem Namen vom Staat verauslagt. Anschließend unterliegen diese Kosten den Bestimmungen für die Erstattung von Verfahrenskosten.	Wenn eine Partei der ungarischen Sprache nicht mächtig ist.	Der Dolmetscher bestimmt sein Honorar selbst. Der Stundensatz hängt von der verwendeten Sprache ab und beträgt ca. 10 000 bis 12 000 HUF.

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.